

Der Sächsische Erzähler

Bischofswehder

Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswehder und den angrenzenden Gebieten. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptpostamts zu Bauen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswehder.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten. Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswehder, Altmarkt 15. — Druck und Verlag von Friedrich May & Co. m. b. H. in Bischofswehder. Fernsprecher Nr. 444 und 445.

Erkennungszeichen: Jeden Montag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Drei ins Haus geliefert Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle sächsisch 80 Pf. Einzelnummer 15 Pf. — Alle Postanstalten, sowie unsere Fernsprechämter und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postfachkonto: Amt Dresden Nr. 1521. Gesamtabonnementpreis für Bischofswehder Konto Nr. 84. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 45 mm breite oberste Spalte 25 Pf., mittlere 20 Pf., die 30 mm breite Reklamenspalte (im Textteil) 70 Pf. Zahlung in Vorauszahlung zum amtlichen Briefkurs vom Jahrestag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Die Sammelanzeigen tarifieren. Aufschlag. — Erfüllungsort Bischofswehder.

Nr. 266.

Sonntag, den 15. November 1925.

80. Jahrgang

Tageschau.

Die aus Paris amtlich mitgeteilt wird, wird die Konferenz am Montag nachmittag um 3 Uhr zusammenkommen, um über die Abmung der Aäner Zone zu entscheiden.

Die die Basser Nachrichten melden, wird die Schweiz im Frühjahr nächsten Jahres den Dünungswang gegenüber Deutschland aufgeben.

Nach Meldungen aus Berlin ist in der Zeit vom 15. bis 31. Oktober 1925 die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland von 299 000 auf 364 000, also um rund 22 Proz. gestiegen.

Um Demasus sind neue Kämpfe entbrannt. An der Grenze von Palästina müßten die Franzosen vor den Druzen zurückweichen.

Das polnische Gesamtkabinett ist am Freitag nachmittag zurückgetreten, weil die polnische Staatsbank sich den Bestimmungen der Regierung nicht fügen will.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Der Streit um Locarno und seine Vorgeschichte.

Von Hans Arthur v. Arnack, Kaiserl. Geandten z. D. R. d. R.

Der Streit um Locarno ist auf der ganzen Linie entbrannt, und es besteht die Gefahr, daß auch diese Lebensfrage unseres Volkes lediglich nach parteipolitischen Gesichtspunkten beurteilt und entschieden wird. Schon im Frühommer, als das Sicherheitsproblem in den Vordergrund des Interesses zu treten begann, habe ich meine Meinung dahin ausgesprochen, daß eine Frage von solcher Bedeutung nicht durch die Parteibrille betrachtet, sondern von jedem Mann mit größtmöglicher Sachlichkeit und Rückertlichkeit geprüft werden muß.

Dazu ist es zunächst erforderlich, sich die Vorgeschichte des Werks von Locarno kurz in die Erinnerung zurückzurufen.

Es ist nur zu natürlich, daß die Grundgedanken des Stresemannschen Vorkriegsangebots vom 9. Februar 1925, die erst im März bekannt wurden — der volle Wortlaut ist selbst dem Kabinett erst im Mai mitgeteilt worden — in den weitesten Kreisen sogleich die schwersten Bedenken hervorriefen.

In früheren Stadien unseres außenpolitischen Lebensweges vom Kriegsende bis zur Gegenwart hatten wir stets unter stärkstem außenpolitischen Druck gestanden und meist nur die Wahl zwischen Annahme und Ablehnung dessen gehabt, was das Ausland von uns verlangte. Selbst das Canolische Angebot vom 7. Juni 1923, der Vorkäuser des Stresemannschen, war aus der Not des Ruhrinfallis geboren und beschränkte sich im übrigen auf den vernünftigen Vorschlag, daß Deutschland, Frankreich und Belgien sich auf ein Menschenalter verpflichten sollen ohne vorherige Volksabstimmung keinen Krieg miteinander zu führen. Herr Stresemann dagegen hat, ohne jeden äußeren Zwang, aus eigener Initiative und obendrein ohne Wissen des Kabinetts und der hinter ihm stehenden Parteien die unbefristete Anerkennung und Garantierung unserer neuen Westgrenze, d. h. den freiwilligen Verzicht auf Elsaß-Lothringen, Eupen und Malmedy, angeboten. Was das bedeutet, wird jedem offenbar, der weiß, daß das kaiserliche Deutschland um die Jahrhundertwende wiederholt den Versuch gemacht hat, Frankreich zu einer nachmaligen, freiwilligen Anerkennung des Frankfurter Friedens zu bewegen, um so die Grundlage für eine deutsch-französische Verständigung zu schaffen, daß Frankreich sich aber beharrlich geweigert hat, auf unsere Anregung einzugehen. Es wollte sich nicht seines „moralischen Rechts“ auf die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens begeben. Es schmückte sich fälschlich mit dem Standbild von Straßburg und Weg auf dem Concordienplatz, und es hat sein nie aus dem Auge verlorenes Ziel im Weltkrieg erreicht.

Mühte man sich unter diesen Umständen nicht die Frage vorlegen: Wodurch war eigentlich Herr Stresemann zu seinem Angebot veranlaßt worden und welche Vorteile für Deutschland versprach er sich davon? Die Veranlassung sei lautierte die Erklärung, durch die Gefahr des Abzuges eines französisch-englischen Defensivbündnisses gegeben gewesen, eine Gefahr, die in Wirklichkeit bereits überwunden war, da der französisch-englische englische Minister des

Der Notenwechsel in der Entwaffnungsfrage

Am Montag Entscheidung über Köln.

Berlin, 14. November. Nach Meldungen aus Paris ist die Sitzung der Vorkonferenz zur Prüfung der letzten deutschen Note in der Entwaffnungsfrage endgültig auf Montag nachmittag 3 Uhr festgesetzt worden.

Paris, 14. November. (Draht.) Nach einem Havasbericht aus London werden die Alliierten unverzüglich auf die letzte deutsche Note antworten. Die Verhandlungen zwischen Deutschland und den alliierten Mächten werden mit größter Schnelligkeit geführt, da die Abmung Köln am 1. Dezember auf jeden Fall begangen soll. Die letzte deutsche Note, die Vorkonferenz von Hoehs Briand übergeben habe, gebe eine längere Erklärung zu den 5 Punkten des vierten Teiles der deutschen Note vom 25. Oktober. Ueber ihren Inhalt weiß Havas folgendes zu berichten:

Zu Punkt 1 (Vollmacht des Generals von Seest) wird erklärt, daß Deutschland bereit sei, die Forderungen der Alliierten zu erfüllen. Unter Hinweis auf moralische Schwierigkeiten wird jedoch eine völlige Umwandlung des großen Generalsabes abgelehnt.

Zu Punkt 2 heißt es in der deutschen Antwort, daß die speziellen Vereinigungen in seinem Zusammenhang mit der Reichswehr stehen.

Zu Punkt 3 wird erklärt, Deutschland besitze kein unerschöpfliches Waffenmaterial und die vorhandenen Waffen dienen lediglich zur technischen Ausbildung der Truppen.

Punkt 4 (Kanonen der Festung Königsberg): Die Behauptung dieser Geschütze wird unter Hinweis auf technische Gründe als notwendig bezeichnet.

Punkt 5 (Vollzeitbestände): Die gegenwärtige Organisation der Polizei ist unentbehrlich. Angehörige von kommunikativer Art sind junge Mannschaften notwendig. Aus diesem Grunde werden die Verpflichtungen auch nur auf 12 Jahre festgesetzt.

Nach dem Havasbericht haben die Alliierten auf die einzelnen Bemerkungen Deutschland wie folgt geantwortet:

Zu Punkt 1: Die Alliierten fordern die Rückkehr zu der Lage von 1919, als die Reichsarmee dem Kriegsmilitär unterstellt war. Der Generalsabes darf nur technische Befugnisse haben. Insbesondere müssen die Korpskommandanten ausschließlich dem Kriegsmilitär unterstellt sein. Die Alliierten verlangen, daß diese Änderungen getätigt funktionieren werden.

Zu Punkt 2: Die Alliierten wünschen das Verprechen, daß die zahlreichen Vereinigungen nicht militärisch ausgebaut werden, durch ein Gesetz bekräftigt zu sehen.

Zu Punkt 3: Die Alliierten nehmen die Erklärung Deutschlands zur Kenntnis.

Zu Punkt 4: Die Alliierten lassen die technischen Gründe der deutschen Antwort gelten und erheben keine Einwände.

Leuzeren, Herr Chamberlain, in den Reihen seiner eigenen Ministerkollegen unüberwindlichem Widerstand begegnet war. Da das Vorkonferenzangebot Herrn Stresemann von dem englischen Vorkonferenz in Berlin suggeriert sein soll, so liegt der Gedanke nahe, daß Herr Chamberlain auf diesem Umwege zu dem Defensivbündnis mit Frankreich gelangen wollte, das er angesichts der ablehnenden Haltung des englischen Kabinetts auf anderem Wege nicht erreichen konnte.

Der Vorteil des Angebots sollte für uns darin liegen, daß wir durch die nachmalige freiwillige Festlegung unserer neuen Westgrenze und die damit herbeigeführte westliche Entspannung größere Bewegungsfreiheit im Osten gewinnen würden. Ich habe diesen leitenden Gedanken des Februar-Angebots von vornherein für den abwegigsten von allen gehalten. Konnte irgend jemand ernstlich wägen, daß Frankreich seinen intimsten Verbündeten, seine wichtigste Figur auf dem europäischen Schachbrett, nämlich Polen, fallen lassen würde? Es wird hier ganz gewiß nicht früher tun, als nicht etwa in einer heftigen fernem Zukunft ein neues französisch-russisches Bündnis eine noch wirksamere Jange gegen Deutschland hergestellt hat. Und konnte irgend jemand, der auch nur die oberflächliche Kenntnis von der Sinnart des polnischen Volkes hat, im Ernste annehmen, daß Polen sich jemals freiwillig zur Herausgabe auch nur eines Quadratkilometers sogenannter polnischer Erde im Korridor und in Oberschlesien bequemen würde?

Zu Punkt 5: Die Alliierten setzen auf dem Standpunkt, daß die Polizei keine Reservearmee für die Reichswehr bilden darf. Die Lage ist augenblicklich die, daß die Polizeimannschaften ein 12jähriges aktives Dienstverhältnis eingehen und dann in lokale Polizeistellungen übertritten. Die Alliierten wollen, daß dieser Sachverhalt geändert wird und wünschen insbesondere, daß die Dienstverpflichtungen auf Lebenszeit abgeschlossen werden. Außerdem darf die kasernierte Polizei 35 000 Mann nicht übersteigen.

Berlin, 14. Nov. (Draht.) Sobald die Note der Vorkonferenz vorliegt und die Rückwirkungen bekannt sind, wird die Regierung, und zwar wahrscheinlich am Mittwoch, zu Beratungen zusammenzutreten und dann den Parteiführern Donnerstag oder Freitag Mitteilung darüber machen, ob sich die Regierung zu endgültiger Annahme und Unterzeichnung der Verträge von Locarno entschließen kann oder nicht. Die Fraktionsberatungen werden mit dem Beginn des Reichstagsplenums am 20. November einsehen. Wahrscheinlich wird gleichzeitig auch der große Ausschuss für die besetzten Gebiete einberufen werden, da die Entscheidung über die Rückwirkungen kaum von den Parteien, sondern nur von den Rheinländern getroffen werden könne, die in erster Linie übersehen können, ob das Maß der Rückwirkungen ausreicht.

Berlin, 14. November. (Draht.) Der neue Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Freiherr Langewert, von Simmern wurde heute vormittag vom Reichskanzler empfangen. Gegen 1 Uhr findet ein Frühstück statt, an dem der Reichskanzler, der Reichsaussenminister, der Minister für die besetzten Gebiete und Ministerialdirektor Dr. Dillthey, der Vertreter des Reichskommissars teilnehmen werden. Bei dieser Gelegenheit werden mit dem neuen Reichskommissar verschiedene Angelegenheiten in der Frage des besetzten Gebietes besprochen werden.

Umbildung der Reichsregierung? — Dr. Reinhold Reichsfinanzminister?

Dresden, 13. November. In Berlin umlaufende Gerüchte wollen wissen, daß der Gedanke einer Reichstagsauflösung nur noch bei den Sozialdemokraten verankert werde, daß man weiter die Bildung der großen Koalition für unmöglich hält, daß aber mit der Umbildung des Reichskabinetts gerechnet werden könne und daß bereits dahingehende Verhandlungen im Gange seien. Bei dieser Umbildung zu einem Kabinett der Mitte würden die Demokraten außer dem Innenminister auch noch den Finanzminister zu stellen haben. Für das Finanzministerium käme, wie verläutet, in erster Linie der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold in Frage, der ja bekanntlich schon einmal für diesen Posten nominiert war. Eine Bestätigung dieser Gerüchte bleibt selbstverständlich abzuwarten.

Scheiden solche Möglichkeiten also von vornherein aus, so drängt sich immer zwingender die Frage auf: Wo sollen die Vorteile für uns liegen? Wir sollten etwas tun, was selbst über unsere Verpflichtungen aus dem unerfüllbaren Schmachdiktat von Versailles hinausgeht, indem wir ohne Zwang, freiwillig und aus eigener Initiative die uns aufgezwungene Westgrenze noch einmal anerkennen. Hätten wir denn nicht auch das Recht, ja dem eigenen Volke gegenüber die Pflicht, Gegenleistungen zu verlangen? So qualvoll ein Verzicht auf deutsches Land und deutsches Volk für einen jeden ehrerbiedenden Deutschen unter allen Umständen sein mußte, so könnte man sich immerhin Gegenleistungen vorstellen, die ein solches Opfer wenigstens erträglichwert erscheinen lassen. J. B. die sofortige oder wenigstens vorzeitige Abmung des ganzen Rheinlandes, die Sicherstellung einer früheren Volksabstimmung im Saargebiet, die Befreiung von jeglicher Militärkontrolle oder die Gestattung des sofortigen Anschlusses Deutsch-Oesterreichs. Nicht von alledem wurde im Februar-Angebot verlangt, und es ist klar, daß, nachdem dies im Anfang verflümt war, es sich im weiteren Verlauf der Verhandlungen nur sehr schwer nachholen ließ.

So erhoben sich denn nicht nur im nationalen Lager die schwersten Bedenken gegen das Angebot des Sicherheitsabes. Besonders schwerig gestaltete sich die Lage des internationalen Volkspartei, die erst im Sommer in